

Straße ist abgelehnt, Hintertürchen bleibt offen

Beschlussklausel soll es Winterbach ermöglichen, sich in ferner Zukunft doch noch für Umgehung entscheiden zu können

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MICHAELA KÖLBL

Winterbach.

Die umstrittene Westumgehungsstraße um Winterbach, die das Regierungspräsidium zuletzt wieder zur Diskussion gestellt hatte, hat der Gemeinderat nun abgelehnt. Dies aber nicht, ohne gleichzeitig Unterstützung bei der Entlastung des Ortskernes einzufordern. Gleichwohl soll die Option für eine Umfahrung in fernerer Zukunft – freilich in anderer Form – weiterhin offengehalten werden.

Ein klein wenig Bauchweh hatte man im Winterbacher Ratsgremium wohl doch bei dem Gedanken bekommen, eine Umfahrung kategorisch und für alle Zeiten abzulehnen. „Schließlich wissen wir nicht, was Winterbach im Jahr 2030 will“, führte Walter Scheuber (SPD) an. Schultes Albrecht Ulrich erklärte, er glaube im Grunde nicht, dass das Land ausreichend Gelder für weitere Umgehungsstraßen zur Verfügung habe, dennoch müsse man sich die Möglichkeit offenhalten, auf zukünftige Entwicklungen zu reagieren.

Rainer Bäßler (BWV) verwies in diesem Zusammenhang auf die ebenfalls in der Diskussion befindlichen Umfahrungen um Plochingen und den Stumpfenhof. Schultes Albrecht Ulrich ergänzte schließlich noch, dass auch die Umfahrung Weissachs im Tal offenstehe. Kämen all jene Umfahrungen zustande und hätten die Winterbacher das Thema Umfahrung ein für alle Mal von der

Agenda gestrichen, könne es für den Flecken zu einer verkehrstechnischen Katastrophe kommen. Der Ort müsste dann eine Menge Querungsverkehr durchschleusen. Bäßler: „Dann hätten wir einen Verkehr, wie ihn Schorndorf früher hatte.“

Ziel: Entlastung der Durchfahrt

Und so ist der erste Punkt des Beschlusses recht deutlich: „Die Gemeinde Winterbach fordert vom Land eine dauerhafte Entlastung vom Durchgangsverkehr auf der bestehenden Ortsdurchfahrt.“ Dies wiederum sei vorrangig durch die bereits im Bebauungsplan dargestellten Vorgaben zur Ortskernsanierung III zu verwirklichen. Diese

Umfrage: 93 Prozent gegen die Umgehung

■ Genau **942 Bürger** waren es, die über den Sommer hinweg ihre Meinung zum Thema Westumgehung geäußert haben. Das Ergebnis: 93 Prozent der Umfrageteilnehmer sind gegen eine solche Umfahrung, lediglich sechs Prozent befürworten die vorgeschlagene Straßenlösung. Ein Prozent äußerte sich neutral.

■ Die häufigsten genannten **Argumente gegen eine Straße**: hoher Landschaftsverbrauch/ katastrophale, ökologische Folgen (116 Nennungen), Beeinträchtigung der Anwohner (100 Nennungen), Lärmbelästigung (94 Nennungen), mehr zusätzlicher Verkehr (84 Nennungen).

■ Die häufigsten genannten **Argumente für eine Straße**: Entlastung im Ortskern/

Maßnahmen beinhalten den Umbau zweier Kreuzungen zu Kreisverkehren, eine Geschwindigkeitsreduzierung für einen möglichst großen Bereich der Durchfahrt sowie eine Beschränkung des Schwerverkehrs, um die Lärm- und Schmutzbelastungen zu reduzieren. Die derzeitige Konzeption der Westumfahrung wird abgelehnt. Das Problem: Die Planung sieht einen Anschluss der Straße vor dem Engelberg vor. Das bringe zum einen eine höhere Verkehrsbelastung für den Winterbacher Ortsteil, zum anderen zusätzliche Lärmemissionen für bisher ruhige Wohnbereiche im Westen. Zudem wären erhebliche Eingriffe in wichtige Naherholungsflächen nötig. Damit stärkt der Gemeinderat den Entschluss, den er zum gleichen Thema schon einmal vor

weniger Lärm und Abgase (33 Nennungen), verbesserte Wohn- und Lebensqualität (30 Nennungen), schönerer und weniger befahrener Marktplatz (14 Nennungen), einmalige Chance/ Land zahlt jetzt (elf Nennungen).

■ **Mehrfachnennungen** waren im Rahmen der Umfrage möglich.

■ Zudem gab's von den Teilnehmern **Lob fürs Beteiligungsverfahren**. Allerdings sei's ohne konkrete Trassenführung sehr schwierig, eine Meinung zu entwickeln.

■ Immerhin 23-mal wurde geäußert, der **Engelberg** solle mehr entlastet werden, dann könne man einer Umfahrung auch zustimmen, 26 Personen wünschten sich eine 30er-Zone in der Ortsmitte.

Jahren gefasst hatte. Der entscheidende vierte und neue Punkt des Beschlusses: „Sofern die Verbesserungen auf der bestehenden Ortsdurchfahrt nicht erreichbar sein sollten, fordern wir das Land auf, eine alternative ortsfornere Umgehungsstraße planerisch anzugehen [...] Wir fordern das Land Baden-Württemberg auf, hierzu dann in Gespräche mit der Gemeindeverwaltung einzutreten.“ Wo eine ortsfornere Trasse verlaufen könnte? Die Verwaltung schlägt Überlegungen vor, die Straße weiter westlich an der Verknüpfung nach Rohrbronn anschließen zu lassen.

Entscheidung umstritten

Heidemarie Vogel-Krüger (Grüne) stimmte Dr. Klaus-Dieter Gawaz (CDU) zu, der einmal mehr die negativen Auswirkungen der Umgehungsstraße rekapitulierte. Allerdings stellte sie den Antrag, über den vierten Punkt des Beschlussantrages gesondert abzustimmen. Schließlich könne jenes straßentechnische Hintertürchen nicht durch das Ergebnis der Bürgerbefragung (93 Prozent gegen die Umgehung) begründet werden. Herbert Liebsch (SPD) kritisierte die Vorgehensweise des Regierungspräsidiums. Immerhin habe es weder eine ordentliche Planung noch eine Kostenschätzung gegeben. Er könne hinter dem Vorschlag der Verwaltung stehen. Klaus Junge (CDU) mahnte an, in jedem Falle auch etwas für die Bewohner an der Ortsmitte zu tun.

Und so stimmten die Gremiumsmitglieder einstimmig für die ersten drei Punkte des Beschlussvorschlages. Immerhin fünf Gegenstimmen gab's bezüglich der möglichen, alternativen Trasse für den Fall, dass auf einem anderen Weg keine Beruhigung der Ortsmitte erreicht werden kann.